

# UND SONST SO?

Jenseits von Corona – was Europa bewegt



Manchmal sind es Schusswaffen, Autobomben oder Hassbotschaften. Weit häufiger aber sind es die Gesetze. Auch in Europa werden Journalist\*innen und Journalisten an ihrer Arbeit gehindert, sie werden bedroht oder gar ermordet. Passend zum gestrigen Internationalen Tag der Pressefreiheit, hat die Organisation Reporter ohne Grenzen ihren Jahresbericht veröffentlicht. Und obwohl 24 von 28 EU-Mitgliedstaaten im oberen Drittel der 180 Plätze umfassenden Rangliste liegen, ist klar: Mit der Rechtsstaatlichkeit gerät auch die Pressefreiheit in Europa immer stärker unter Druck.

## **NIRGENDWO IST BULLERBÜ**

Im Vergleich zum Vorjahr sind im Ranking gleich elf Mitgliedstaaten abgerutscht. Darunter sind nicht nur die üblichen Verdächtigen Polen und Ungarn, sondern auch so etablierte Demokratien wie Frankreich, die Niederlande und sogar Schweden. Die Ursachen für die Verschlechterung sind freilich individuell verschieden.

## **IMMER HÄUFIGER BESCHIMPFUNGEN**

Im Westen und Norden der EU haben Journalist\*innen immer häufiger mit Beschimpfungen (on- und offline), leichten physischen Angriffen (etwa bei Demonstrationen) und einem allgemeinen Vertrauensverlust in die Medien zu tun.

Im (süd-)östlichen Europa hingegen werden Gesetze, die vorgeblich gegen Fake News, Desinformation oder die Ausbreitung des Corona-Virus gerichtet sind, von Regierungen immer häufiger dazu benutzt, tiefe Eingriffe in die Pressefreiheit zu rechtfertigen.

17.APRIL 2020

@EUROPÄISCHE AKADEMIE BERLIN, CC BY-NC-ND

# UND SONST SO?

Jenseits von Corona – was Europa bewegt



## ABHÄNGIGKEIT VON ÖFFENTLICHEN GELDGEBERN

Überall in Europa führen schließlich Konzentrationsprozesse in den Medien dazu, dass finanzielle Spielräume enger und damit die Abhängigkeit von öffentlichen Geldgebern größer werden. Die Folgen dieser Finanznot lassen sich am besten in Bulgarien besichtigen, das Reporter ohne Grenzen bereits zum dritten Mal hintereinander als „schwarzes Schaf“ der EU auf Rang 111 eingruppiert: „Die [bulgarische] Regierung vergibt EU-öffentliche Gelder an die Medien weiterhin ohne jegliche Transparenz, mit dem Effekt, dass die Empfänger ermutigt werden, die Regierung in ihrer Berichterstattung zu „schonen“ oder direkt ganz auf die Berichterstattung über bestimmte problematische Themen zu verzichten“, erläutert die Organisation.

## HILFE AUS BRÜSSEL

In Brüssel hat man das Problem längst erkannt: Anfang März hat die EU 5,1 Millionen für eine Reihe von Projekten freigegeben, die darauf abzielen, EU-weit Verstöße gegen die Pressefreiheit zu registrieren, investigativen Journalismus zu fördern und Journalisten in ihrer unabhängigen Berichterstattung zu bestärken. Im Zuge eines ganzen Gesetespakets, das der Demokratie in Europa neuen Schwung verleihen soll, will die EU-Kommission Ende 2020 einen European Democracy Action Plan verabschieden. Sein Ziel unter anderem: die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien zu sichern.

17. APRIL 2020

@EUROPÄISCHE AKADEMIE BERLIN, CC BY-NC-ND